



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Einberufung des Grossen Rates

Basel, 6. Oktober 2006

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt wird sich am  
**Mittwoch, den 18. Oktober 2006, 09.00 Uhr und 15.00 Uhr**  
mit Fortsetzung am  
**Mittwoch, den 25. Oktober 2006, 09.00 Uhr, 15.00 Uhr und 20.00 Uhr**  
in ordentlicher Sitzung zur Behandlung der vorliegenden Geschäfte im Rathaus versammeln.

Der Präsident:

**Andreas Burckhardt**

Der Präsident schlägt im Einvernehmen mit dem Regierungsrat folgende Tagesordnung vor:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung			
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte			
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu ..... Begnadigungsgesuchen.	BegnKo		
4.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	06.1400.01
5.	Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Donald Stückelberger).			
6.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Irène Fischer-Burri).			
7.	Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Richard Widmer).			
8.	Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Michael Wüthrich).			
9.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Eveline Rommerskirchen).			
10.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Brigitte Hollinger).			
11.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahlen in die Gerichte vom 24. September 2006; Stille Wahl (Präsident des Zivilgerichtes, Richter des Zivilgerichtes und Richterin des Sozialversicherungsgerichts).	Ratsbüro		06.1335.01
<b>Ratschläge und Berichte (nach Departementen geordnet)</b>				
12.	Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Bericht für das Jahr 2005 zum 172. Verwaltungsbericht des Regierungsrates, zum 159. Bericht des Appellationsgerichts, zum 18. Bericht des Ombudsman und über besondere Wahrnehmungen.	GPK		06.5251.01
13.	Bericht der Finanzkommission zum Schlussbericht des Regierungsrates Nr. 05.1871.02 zu den Empfehlungen der PUK.	FKom	FD	05.1871.03

14.	Ratschlag und Entwurf betreffend Totalrevision des Pensionskassengesetzes vom 20. März 1980 sowie Bericht zu: 1. Anzug Giovanni Orsini und Konsorten betreffend vorzeitige Pensionierung für Schichtdienstleistende; 2. Anzug Roland Herzig und Konsorten zur Übertragung von Freizügigkeitsleistungen des Staatspersonals auf die Pensionskasse eines neuen Arbeitgebers; 3. Motion Daniel Stolz und Konsorten betreffend Einführung einer Lebenspartnerrente - u.a. auch für gleichgeschlechtliche Paare - in der Pensionskasse des Basler Staatspersonals. ( <b>Eintretensbeschluss und Zuweisung an eine Kommission</b> )	FD	05.1314.01
15.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Antrag des Appellationsgerichts auf Verlängerung der vorübergehenden Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von acht auf neun.	JD	06.1447.01
16.	Ratschlag und Entwurf zu Anpassungen von Gesetzen an die Bundesgesetzgebung über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz).	JSSK	JD 05.1156.01
17.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag und Entwurf Nr. 06.1045.01 betreffend neue gesetzliche Regelungen zum Tabakverkauf und Angebot für Nichtraucher im Gastwirtschaftsgewerbe und zu fünf diese Thematik betreffenden Anzugsbeantwortungen.	GSK	GD 06.1045.02 03.7553.03 04.7984.04 01.6877.04 05.8257.03 05.8141.04
18.	Ratschlag betreffend Jahresbericht der ProRheno AG.	UVEK	BD 06.1239.01
<b>Neue Vorstösse und Berichte zu Petitionen</b>			
19.	Neue Interpellationen. <b>Behandlung am 18. Oktober 2006, 15.00 Uhr</b>		
20.	Anzüge 1 - 11.		
	1. Stephan Ebner und Konsorten betreffend zunehmende Gewalt in Basler Schulen;		06.5213.01
	2. Stephan Ebner und Konsorten betreffend Aufwertung der innerfamiliären Kinderbetreuung;		06.5214.01
	3. Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend vermehrte Anleitung der Eltern zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung;		06.5215.01
	4. Fernand Gerspach und Konsorten betreffend Schaffung qualitativ hochwertigen und familienfreundlichem Wohnraum;		06.5216.01
	5. Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Förderung der Freiwilligenarbeit;		06.5217.01
	6. Oswald Inglin und Konsorten betreffend „Jugend braucht Raum“;		06.5218.01
	7. Stephan Ebner und Konsorten betreffend Spring-Brunnen auf dem Messeplatz;		06.5219.01
	8. Noëmi Sibold und Konsorten betreffend Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences;		06.5220.01
	9. Jan Goepfert und Konsorten betreffend Radstreifen am Aeschengraben;		06.5221.01
	10. Christian Egeler und Konsorten betreffend Europäische Mobilitätswoche auch in Basel;		06.5222.01
	11. Gabi Mächler und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloabstellsituation rund um den Bahnhof SBB.		06.5223.01
21.	Antrag Doris Gysin und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative zur Harmonisierung der Stipendien.		06.5224.01
22.	Bericht der Petitionskommission betreffend Petition P219 "Für eine Lichtsignalanlage beim Fussgängerstreifen der Tramhaltestelle Bettingerstrasse.	PetKo	05.8255.02

**Schreiben und schriftliche Beantwortung von Interpellationen  
(nach Departementen geordnet)**

23.	Beantwortung der Interpellation Nr. 70 Jürg Stöcklin betreffend zukünftiger Nutzung der Markthalle.	FD	06.5253.02
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Unfallversicherung des Staatspersonals.	FD	00.6633.04
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lukas Engelberger und Konsorten für eine faire Entschädigung von Volontärinnen und Volontären.	FD	04.7962.02
26.	Beantwortung der Interpellation Nr. 63 Christophe Haller betreffend Dreispitzareal.	BD	06.5236.02
27.	Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Peter Malama betreffend Zahlungsfristen durch den Kanton.	BD	06.5237.02
28.	Beantwortung der Interpellation Nr. 66 Roland Vögli betreffend "Kostenfolge" für den Kanton Basel-Stadt auf Grund der Verschiebung der 3-jährigen Meret Oppenheim-Strasse.	BD	06.5239.02
29.	Beantwortung der Interpellation Nr. 72 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Kumulation geplanter Einkaufszentren.	BD	06.5255.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eva Huber-Hungerbühler und Konsorten betreffend schrittweise Entlastung für das Gundeldingerquartier bis 2006.	BD	00.6674.04
31.	Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Oskar Herzig "Hat die traditionelle Basler Herbstmesse noch eine Zukunft ? Und der Basler Weihnachtsmarkt ?"	SiD	06.5238.02
32.	Beantwortung der Interpellation Nr. 71 Heidi Mück zu Sans Papiers, Härtefallverfahren und formlose Wegweisungen.	SiD	06.5254.02
33.	Beantwortung der Interpellation Nr. 73 Tommy Frey betreffend gemeinnützige Einsätze des Zivilschutzes Basel-Stadt.	SiD	06.5257.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Abteilungen für Militär und Zivilschutz der beiden Basel.	SiD	04.8070.02
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Doris Gysin zu Bildungsausgaben des Bundes und mögliche Konsequenzen auf Basel.	ED	06.5252.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eva Herzog und Konsorten betreffend Studie zur Existenzsicherung im Kanton Basel-Stadt.	WSD	04.7977.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Nogawa-Staehelin und Konsorten betreffend unbedingtem und sofort zu vollziehendem Landesverweis bei schweren Straftaten.	JD	04.7983.02

## Antrag

### 1. Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative zur Harmonisierung der Stipendien

06.5224.01

#### Begründung

Ziel der angestrebten Stipendienharmonisierung ist die schweizweite Harmonisierung des Stipendienwesens und die daraus resultierende Förderung der Chancengleichheit sowie die angemessene Existenzsicherung der Studierenden.

Die Regelung gemäss NFA sieht neu vor, dass Stipendien und Darlehen im tertiären Bildungsbereich als Verbundaufgabe von Bund und Kantonen wahrgenommen werden. Der Bund soll gemäss Botschaft zur NFA mittels Mindeststandards stärker als bisher Einfluss auf die Ausgestaltung von Stipendien und Darlehen nehmen. Dies bedingt ein angemessenes finanzielles Engagement des Bundes.

In einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft kommt den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung eine ausserordentlich hohe Bedeutung für die Weiterentwicklung aller Lebensbereiche und der Gemeinschaft zu. Eine gute Bildungspolitik ist zudem auch die beste Wirtschaftspolitik. Die Politik trägt diesem Umstand aber nicht angemessen Rechnung. Die Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden haben in den letzten Jahren praktisch stagniert, obwohl die Zahl der Auszubildenden zugenommen hat. Das Schweizer Schulsystem führt mit seinen Strukturen und Verfahren zudem zu Ungleichheiten. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistungen oder der Frage, wer eine Hochschule besuchen kann.

Bei der Höhe der Stipendien zeigt es sich, dass es zwischen den einzelnen Kantonen Unterschiede von bis zu 400 % gibt. So grosse Abweichungen sind bildungs- wie sozialpolitisch unhaltbar. Die kürzlich erschienene Studie des Bundesamts für Statistik "Die soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005" zeigt zudem, dass der Zugang zur tertiären Bildung keineswegs allen offen steht. Gemäss dieser Studie ist die wichtigste Einkommensquelle der Studierenden die Unterstützung durch die Eltern, neun von zehn Studierenden können darauf zählen. 77 % der Studierenden gehen neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach. Vier von fünf erwerbstätigen Studierenden tun dies auch während des Semesters.

Alle Studierenden zusammengenommen, macht die elterliche Unterstützung mehr als die Hälfte der finanziellen Mittel der Studierenden aus, während die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit mit knapp 40 % zu Buche schlägt. Weit dahinter folgen Stipendien und Darlehen. Diese beiden Formen von Beihilfen sind jedoch für die 16 % der Studierenden, die davon profitieren, eine wichtige Einkommensquelle. Mit einem Anteil von 41 % am Budgettotal stellen sie sogar die Hauptquelle jener BezügerInnen dar, die ausserhalb des Elternhauses wohnen.

Studierende leben nicht fürstlich. Die monatlichen Ausgaben betragen durchschnittlich 1'650 Franken, schwanken jedoch stark, je nachdem, ob eine Wohngelegenheit finanziert werden muss oder nicht. So steigt das durchschnittliche monatliche Ausgabenbudget von 1'300 Franken für Studierende, die bei ihren Eltern wohnen, auf 1'900 Franken für jene, die ausserhalb des Elternhauses leben.

Über ein Drittel (36 %) aller Studierenden haben mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss, während nur gerade 9% über Eltern ohne nachobligatorischen Abschluss verfügen. Besonders diese letzte Aussage macht deutlich, dass die soziale und gesellschaftliche und damit verbunden die finanzielle Situation der Eltern Ausschlag gebend ist, was den Zugang zur tertiären Bildung und zur Bildung überhaupt betrifft.

Die Unterzeichnenden ersuchen daher den Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Vorlage für eine Standesinitiative wie folgt zu unterbreiten:

- Die Bundesversammlung wird ersucht, die Rechtsgrundlagen für die Einführung eines Rahmengesetzes für Stipendien zu schaffen, welches zu einer materiellen Harmonisierung des Stipendienwesens via Festlegung von Mindeststandards führt.
- Der Bund muss ein angemessenes finanzielles Engagement wahrnehmen.

Die Standesinitiative wird auch in anderen Kantonen eingereicht.

Doris Gysin, Christine Heuss, Oswald Inglin, Maria Berger-Coenen, Urs Joerg,  
Thomas Gossenbacher, Gisela Traub, Isabel Koellreuter, Oskar Herzig, Martin Lüchinger,  
Christine Wirz-von Planta, Edith Buxtorf-Hosch, Hermann, Amstad, Michael Martig,  
Brigitte Hollinger, Tanja Soland, Margrith von Felten, Heidi Mück, Susanna Banderet-Richner,  
Stephan Maurer, Markus Benz, Hansjörg M. Wirz, Christian Egeler

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend zunehmende Gewalt in Basler Schulen (vom 13. September 2006)

06.5213.01

Jedes Kind erlebt in seiner Schulzeit irgendwann einmal Gewalt im Schulalltag. Kleinere Streitereien, Zickeleien und gelegentliche Prügeleien gehören wohl zum Erwachsenwerden und sind für die Entwicklung der Konfliktfähigkeit notwendig.

Es stellt sich aber die Frage, nach dem Mass: Im Gegensatz zu früher werden heute Kinder und Jugendliche verstärkt durch die Medien, durch Filme und Spiele mit Gewaltszenen geradezu überschwemmt. Dies färbt auf den Schul- und Pausenalltag ab. Die Schwelle für Gewaltanwendung hat ab-, die Gewaltbereitschaft und -ausübung zugenommen, im Klassenzimmer, auf dem Pausenhof wie auch auf dem Schulweg. Dies stellt die Schule insgesamt, die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern vor neue Herausforderungen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

1. welche Möglichkeiten er sieht, die Lehrkräfte besser auf den Umgang mit Schüलगewalt vorzubereiten
2. wie das Thema Gewaltanwendung, -vermeidung heute in den Unterricht auf welchen Schulstufen eingebaut wird und ob vermehrte Anstrengungen in diesem Bereich geplant sind
3. ob er bereit ist, speziell das Thema Mobbing und psychische Gewalt in den Schulen intensiver anzugehen
4. ob die Verantwortung des Lehrpersonals auf dem Pausenhof klar definiert ist und in der Praxis auch wahrgenommen wird
5. welche Massnahmen möglich und wünschbar sind, um die Eltern laufend auf die Beeinflussung der psychischen Entwicklung der Kinder durch Gewaltspiele und -filme hinzuweisen, bspw. anlässlich von Elternabenden, durch Rundbriefe etc.

Stephan Ebner, Stephan Gassmann, Lukas Engelberger, Oswald Inglin, Paul Roniger,  
Helen Schai-Zigerlig, Marcel Rünzi, André Weissen, Rolf von Aarburg, Pius Marrer, Fernand Gerspach

### 2. Anzug betreffend Aufwertung der innerfamiliären Kinderbetreuung (vom 13. September 2006)

06.5214.01

Die Kinderbetreuungssituation verändert sich: Die Anzahl doppelt verdienender Eltern nimmt zu, die dafür notwendigen ausserfamiliären Betreuungsangebote wurden und werden ausgebaut. Ausserfamiliäre Betreuungsangebote sind mehrheitlich auf Staatsbeiträge angewiesen, da sie sonst für die Eltern finanziell nicht tragbar wären. Damit zeigt sich indirekt, welcher Wert die familiäre Kinderbetreuung für die Gesellschaft hat.

Die Eltern, die ausserfamiliäre Betreuungsangebote nutzen, kommen in den Genuss von zusätzlichen Staatsbeiträgen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die innerfamiliäre Kinderbetreuung nebst sozialen Gründen nicht auch aus finanziellen Gründen gefördert werden sollte, ist sie doch für den Kanton günstiger als die ausserfamiliäre Betreuung.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

1. ob er bereit ist, der innerfamiliären Kinderbetreuung im Vergleich zur familienexternen Betreuung mehr Bedeutung zuzumessen, als dies heute der Fall ist
2. wie er sich zu einem Steuerabzug für die Eigenbetreuung von Kindern im Sinne eines Familienlohnes stellt
3. welche weiteren Möglichkeiten er sieht, die Eigenbetreuung von Kindern in der Familie zu fördern.

Stephan Ebner, Stephan Gassmann, Lukas Engelberger, Oswald Inglin, Paul Roniger,  
Helen Schai-Zigerlig, Marcel Rünzi, André Weissen, Pius Marrer, Fernand Gerspach, Rolf von Aarburg

### 3. Anzug betreffend vermehrte Anleitung der Eltern zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung (vom 13. September 2006)

06.5215.01

Ausführungen im neuen "Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt" bestätigen mit aller Deutlichkeit,

dass - abgesehen von der Komponente Veranlagung - zwei Faktoren für den Schulerfolg eines Kindes ausschlaggebend sind: frühe Förderung durch Anregungen aller Art (Anleitung, Bewegung etc.) und solide Kenntnisse der deutschen Sprache.

Beim Eintritt in den Kindergarten zeigen sich hinsichtlich des bis dahin erreichten Standes in der Erfüllung dieser Voraussetzungen riesige Unterschiede (vgl. Entwicklungsplan, S. 48). Handelt es sich um Kinder aus Migrantenfamilien, erschwert und verzögert ein allfälliger Nachholbedarf naturgemäss auch die Integration in unsere hiesige Gesellschaft. Manche Erfahrungen deuten sodann darauf hin, dass sich ein anfänglicher Rückstand, wenn überhaupt, später nur mehr sehr schwer und mit unverhältnismässigem Aufwand aufholen lässt. Viele Eltern scheinen die Zusammenhänge nicht zu kennen oder die Bedeutung frühkindlicher Förderung zu unterschätzen. Aus diesem Grund müssen die Bemühungen um eine zielgerichtete Anleitung der Eltern bereits nach der Geburt eines Kindes einsetzen. Vorab in Zusammenarbeit mit bestehenden privaten Institutionen dürften sich hier mit vergleichsweise geringem Aufwand bedeutende positive Ergebnisse erzielen lassen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, durch welche Massnahmen inskünftig sichergestellt werden kann, dass Eltern vom frühest möglichen Zeitpunkt an zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung angeleitet werden.

Helen Schai-Zigerlig, Lukas Engelberger, Marcel Rünzi, André Weissen, Fernand Gerspach, Rolf von Aarburg, Oswald Inglin, Paul Roniger, Pius Marrer, Stephan Gassmann

#### **4. Anzug betreffend Schaffung qualitativ hochwertigen und familienfreundlichen Wohnraums** (vom 13. September 2006)

06.5216.01

Die Regierung setzt sich für die Standortförderung und die Attraktivität unserer Stadt ein. Dafür sind mehrere Projekte geplant, u.a. auch das Impulsprogramm "5000 Wohnungen für Basel-Stadt". Als wichtiges Schwerpunktprogramm wird beabsichtigt, das Wohnangebot und die Wohnqualität zu verbessern, um einerseits zusätzliche "gute" Steuerzahler anzuziehen und andererseits der Abwanderung aus unserem Kanton entgegen zu wirken.

Nun hat der Grosse Rat dem neuen Standortförderungsgesetz zugestimmt, dieses soll die Qualität des Standortes Basel fördern, um vermehrt Unternehmen mit grosser Wertschöpfung anzuziehen.

Dies bringt vermehrt auswärtige Kadermitarbeiter mit Familie in unsere Region. Mit dem Impulsprogramm werden wohl "5000 Wohnungen für Basel-Stadt" geschaffen. Wir brauchen aber nicht nur Wohnungen für "gute" Steuerzahler, sondern auch qualitativ hochwertigen und familienfreundlichen Wohnraum für die ansässigen Familien und für Zuzüger.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie vermehrt qualitativ hochwertiger und familienfreundlicher Wohnraum geschaffen und
- wie der private Wohnungsbau gefördert werden kann,
- welche Anreize der Kanton schaffen will, damit kleinere Altbauwohnungen zu grösseren Familienwohnungen zusammengelegt werden.

Fernand Gerspach, Lukas Engelberger, Stephan Gassmann, Paul Roniger, Pius Marrer, Marcel Rünzi, Helen Schai-Zigerlig, Rolf von Aarburg, Stephan Ebner

#### **5. Anzug betreffend Förderung der Freiwilligenarbeit** (vom 13. September 2006)

06.5217.01

Freiwilligenarbeit, sogenannte Benevol-Tätigkeit, leistet einen wesentlichen Beitrag an das soziale und kulturelle Leben in unserem Kanton. Freiwilligenarbeit ist gelebte Solidarität unter Privaten, und zahlreiche Menschen und Institutionen sind auf diese Solidarität tagtäglich angewiesen. Freiwilligenarbeit ist nicht nur ein wichtiges Element der Zivilgesellschaft, sie entlastet auch den Staat, da dieser zusätzliche Aufgaben übernehmen müsste, wenn diese nicht mehr von Privatpersonen oder gemeinnützigen Organisationen erbracht würden.

Traditionell stark von Freiwilligenarbeit geprägt sind soziale und kulturelle Institutionen. Zunehmend besteht aber auch im Bildungswesen und in der Integrationsarbeit Bedarf an Benevol-Tätigkeit, weil die ständig wachsenden Aufgaben in diesen Bereichen wie insbesondere die ganztägige Kinderbetreuung an den Schulen oder die verstärkte Kontaktpflege mit Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen den Staat vor grosse Herausforderungen stellen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat ersucht, zu prüfen und zu berichten, ob und mit welchen Massnahmen der Kanton die Freiwilligenarbeit besser fördern könnte, wobei am Grundsatz der Ehrenamtlichkeit festzuhalten ist.

Im Einzelnen wird der Regierungsrat ersucht, zu prüfen und zu berichten:

1. ob in Ergänzung zu bestehenden privaten Angeboten Bedarf besteht für eine bessere Information über die Möglichkeiten, Benevol-Arbeit zu leisten oder in Anspruch zu nehmen, und gegebenenfalls wie die Information und Vernetzung im Bereich der Freiwilligenarbeit verbessert werden könnte.
2. ob (nicht-monetäre) Anreize zur Förderung und Honorierung von Freiwilligenarbeit geschaffen werden können wie beispielsweise besondere Benevol-Anlässe oder Gutscheine für kulturelle Veranstaltungen.
3. ob und wie der UNO-Tag der Freiwilligen (5. Dezember) genutzt werden könnte, um öffentlich auf die Bedeutung der Freiwilligenarbeit hinzuweisen.
4. ob Freiwilligenarbeit verstärkt in den Bereich der Leistungsverwaltung des Kantons integriert werden könnte, etwa zur Unterstützung der Lehrkräfte bei der Betreuung von Schulkindern zu Mittags- und Randzeiten, bei der Kinder- und Jugendarbeit oder in der Zusammenarbeit mit Migrant/innen-Organisationen zwecks Verbesserung der Integration.

Lukas Engelberger, Stephan Ebner, Stephan Gassmann, Oswald Inglin, Pius Marrer, Paul Roniger, Helen Schai-Zigerlig, Marcel Rünzi, André Weissen, Rolf von Aarburg, Fernand Gerspach

## 6. Anzug betreffend "Jugend braucht Raum" (vom 13. September 2006)

06.5218.01
------------

Gemäss Politikplan sind die 18-29-Jährigen am unzufriedensten mit dem Freizeit- und Kulturangebot in unserer Stadt. Dies ist das Ergebnis der Bevölkerungsbefragung vom Januar und Februar 2005 und nimmt prioritätenmässig immerhin einen Platz unter den 15 wichtigsten Punkten dieser Untersuchung ein. Interessant ist dabei, dass 86% der - sagen wir einmal - älteren Generation mit dem Kulturangebot zufrieden sind und deshalb ortet hier der Politikplan so etwas wie einen Generationenkonflikt (vgl. Politikplan 2006-2009, S. 45).

Im Entwurf zum Konzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit wird explizit auf die unklare Situation von für Jugendliche selbstständig nutzbaren Räumen hingewiesen.

Selbst die bereits bestehenden sog. "Eventzonen" der Jugendlichen werden immer wieder in Frage gestellt. Die kürzlich erfolgte öffentliche Diskussion um die Lärmbelästigung durch das Jugendkulturfestival in der Stadt und auch der Ausstieg des Sommercasinos aus dem Jugendraumprojekt (Schaffung von Probelokalen durch Unterkellerung) zeigen, wie harzig das Terrain für die Raumbeschaffung für Jugendaktivitäten ist.

Wenn ein Defizit an "für Jugendliche selbstständig nutzbaren Räumen" besteht, so heisst dies ausgedeutet, dass es an

- Räumen und Proberäumen für jugendkulturelle Anlässe
- Probelokale für Bands
- Tanzräumen
- Partyräumen

fehlt.

Die Anzugsstellerin und Anzugsteller sind der Auffassung, dass dafür geeigneter Raum vorhanden ist aber nicht genutzt oder unternutzt wird.

So befinden sich in unseren Quartieren an bester Lage Kirchen mit Kirchgemeindehäusern, die nebst entsprechenden Saalbauten auch Räumlichkeiten für Jugendarbeit aufweisen, die - einst auf die ehemals umfangreiche bündische Jugendarbeit und eine viel grössere Anzahl von Mitgliedern ausgelegt - heute nicht mehr im gleichen Umfang belegt sind, wie vielleicht noch vor 20 Jahren.

In gleicher Weise befinden sich in Schulhäusern Kellerräumlichkeiten, deren Nutzung als Probelokale ideal wäre, würde man sie nicht als Abstellkammern benutzen. immerhin werden die oberen Geschosse einiger Schulhäuser ja auch extensiv für die Probeaktivitäten von Basler Fasnachtscliquen benutzt.

Kurz: Es geht darum, den für Jugendaktivitäten geeigneten Raum in öffentlich-rechtlichen Gebäuden zu erfassen, zu bewirtschaften und für jugendkulturelle Aktivitäten anzubieten. Geschieht dies allenfalls im Sinne einer Corporate Identity unter einem gemeinsamen Logo, so könnte zumindest der räumliche Teil der offenen Jugendarbeit in Basel zu einer eigentlichen Marke werden.

In diesem Sinne wird der Regierungsrat ersucht, zu prüfen und zu berichten:

1. ob eine Erfassung der für Jugendliche nutzbaren Räumen in öffentlich-rechtlichen Gebäuden bereits erfolgt ist oder eine solche Erfassung in Erwägung gezogen wird
2. ob er bereit ist, mit der Evangelisch-reformierten und Römisch-Katholischen Kirche Abklärungen für eine erweiterte Nutzung von Räumlichkeiten in Kirchgemeindehäusern zu treffen
3. ob er bereit ist, eine allfällige Bewirtschaftung der zur Verfügungsstellung und/oder Vermietung entsprechender Räumlichkeiten z. B. über die AJFP zu ermöglichen
4. ob er bereit ist, das Anliegen dieses Anzuges im neuen Konzept für offene Kinder- und Jugendarbeit Basel-Stadt zu verankern.

Oswald Inglin, Lukas Engelberger, Helen Schai-Zigerlig, Pius Marrer, Stephan Ebner, Stephan Gassmann, Paul Roniger, Marcel Rünzi, André Weissen, Rolf von Aarburg, Fernand Gerspach

**7. Anzug betreffend attraktivem Spring-Brunnen auf dem Messeplatz**  
(vom 13. September 2006)

06.5219.01

Der Messeplatz erregt immer wieder die Gemüter derjenigen, die ihn regelmässig durchqueren: leer, kalt, ohne Charakter sind oft gehörte Meinungen.

Anlässlich der Art aber war er positiv im Gespräch: der temporär installierte Springbrunnen erfreute Jung und Alt. Ein solcher Springbrunnen, der direkt aus dem Boden ohne eigentliches Brunnenbecken entspringt, könnte den grössten Kleinbasler Platz deutlich aufwerten. Sollte der von ihm beanspruchte Platz anlässlich von Messen benutzt werden, kann er für diese Zeit einfach abgestellt werden. Auch die grossflächige, den ganzen Platz überziehende Schrift ‚Basel‘ könnte beibehalten werden.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

1. wie er sich zur Installation eines solchen Brunnens stellt
2. wie er die Auswirkungen eines solchen Brunnens auf den Messebetrieb einschätzt
3. ob er bereit ist, einen Spring-Brunnen auf dem Messeplatz in die Investitionsplanung aufzunehmen und bis wann er realisiert werden könnte.

Stephan Ebner, Stephan Gassmann, Paul Roniger, Bruno Suter, Hans Baumgartner, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Claude François Beranek, Pius Marrer, Heidi Mück, Urs Joerg, Urs Schweizer, Tino Krattiger, Andreas Ungricht, Hans Egli, Anita Lachenmeier-Thüring, Mustafa Atici, Beat Jans, Hasan Kanber, Toni Casagrande, Sabine Suter, Christoph Zuber

**8. Anzug betreffend Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences** (vom 13. September 2006)

06.5220.01

Die Nordwestschweiz ist daran, sich im zukunftssträchtigen Bereich der Life Sciences als führende Region in der Schweiz zu etablieren. Neben den bereits bestehenden Forschungseinrichtungen an der Universität Basel und den regional verankerten und multinational tätigen Unternehmen wird diese Position durch die Ansiedlung des ETH-Instituts für Life Sciences und durch die analoge Schwerpunktsetzung im Bereich der Fachhochschule Nordwestschweiz weiter gestärkt.

In der engen Verzahnung der theoretischen Grundlagenforschung mit der anwendungsorientierten Forschung und Lehre und der konkreten Umsetzung und Realisierung von Forschungsergebnissen in der Produktion liegen besondere Chancen für unsere Region und darüber hinaus. Dies nicht nur in Bezug auf die damit verbundene Wertschöpfung und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der Arbeitsplätze, sondern ganz besonders auch im Hinblick darauf, was diese Erkenntnisse und Technologien für die Erhaltung und den Schutz von Leben und Gesundheit versprechen.

Die Life Sciences und die damit verbundene interdisziplinäre Vernetzung im Bereich der Medizin, der Bio-, Nano- und Informationswissenschaften eröffnen ganz neue Möglichkeiten, in das Leben von Mensch und Tier einzugreifen. Durch neue Möglichkeiten verfließen die Grenzen zwischen Heilung und Optimierung der menschlichen Natur, zwischen Krankheit und Gesundheit noch stärker als bisher. Sie werfen Fragen auf, die nicht nur den Lebensanfang und das Lebensende betreffen, sondern auch den gesamten Lebensverlauf. Es ist absehbar, dass die neuen Erkenntnisse und Technologien auch komplexe gesellschaftliche Auswirkungen haben und vielfältige rechtliche, ökonomische, psychologische und ethische Probleme mit sich bringen. Die Art der Umsetzung dieser neuen Erkenntnisse und Technologien, ihre Akzeptanz und ihre Wirkung hängen massgeblich davon ab, dass diese Probleme frühzeitig wahrgenommen und auf interdisziplinärer Ebene angegangen werden.



Für die Unterstützung und die Technikfolgenabschätzung der Impulse, die im Bereich der Life Sciences von Basel ausgehen sollen, ist eine interdisziplinäre Begleitforschung unverzichtbar, beispielsweise in Bioethik, Wissenschaftsforschung oder an den Schnittstellen zu Kultur- und Sozialwissenschaften. Eine solche ist weder an der Universität noch an der Fachhochschule ausreichend verankert. Auch hier soll und kann der Forschungsstandort Basel in der Schweiz eine Leitfunktion übernehmen.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und darüber zu berichten, ob sie bereit ist,

- an der Universität beider Basel oder am ETH-Institut für Life Sciences die Bildung eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den gesellschaftlichen Implikationen im Bereich der Life Sciences anzuregen
- und sich für eine allenfalls dazu nötige Anschubfinanzierung einzusetzen.

(Dieselben Forderungen wurden im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.)

Noëmi Sibold, Oswald Inglin, Lorenz Nägelin, Bruno Suter, Maria Berger-Coenen, Dieter Stohrer, Beat Jans, Urs Joerg, Urs Müller-Walz, Jürg Stöcklin, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Peter Howald, Doris Gysin, Claudia Buess, Fabienne Vulliamoz, Margrith von Felten, Stephan Maurer

#### 9. Anzug betreffend Radstreifen am Aeschengraben (vom 13. September 2006)

06.5221.01

Am Aeschengraben befindet sich die Handelsschule KV Basel. Auch das De Wette-Schulhaus und das Gymnasium Kirschgarten grenzen an den Aeschengraben. Ein Teil der Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler kann den Veloweg auf der Westseite des Aeschengrabens benutzen. Ein grosser Teil des Veloverkehrs wickelt sich aber nach wie vor über die Hauptspur des Aeschengrabens ab. Aus Sicherheitsgründen sollte zwischen Bahnhof und KV sowie insbesondere zwischen KV und Aeschenplatz ein Velostreifen vorgesehen werden.

Im Abschnitt Parkweg - Aeschenplatz drängt sich dabei eine ähnliche Lösung auf, wie wir sie heute in der Münchensteinerstrasse, vor dem Lonza-Hochhaus kennen. Die Fahrbahn wurde aufgeteilt in einen Radstreifen und eine überbreite Autofahrspur. Diese Massnahme hat sich in der Praxis bewährt. Die Velofahrenden können sicher auf dem Radstreifen fahren und die Motorfahrzeuge können sich gleichwohl in zwei Kolonnen auf der überbreiten Fahrspur einreihen. Die Leistungsfähigkeit für den motorisierten Verkehr bleibt erhalten und die Sicherheit der Velofahrenden wird massiv verbessert.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

- ob im Aeschengraben ein durchgehender Radstreifen von der Nauenstrasse bis zum Aeschenplatz markiert werden kann
- wobei im Abschnitt Parkweg - Aeschenplatz ein Radstreifen mit überbreiter Autofahrspur markiert wird, ähnlich wie beim Lonza-Hochhaus.

Jan Goepfert, Jörg Vitelli, Helen Schai-Zigerlig, Martin Hug, Rolf Stürm, Martina Saner, Michael Wüthrich, Dieter Stohrer, Dominique König-Lüdin

#### 10. Anzug betreffend Europäische Mobilitätswoche auch in Basel

(vom 13. September 2006)

06.5222.01

Jedes Jahr findet in der Woche um den 22. September die Europäische Mobilitätswoche statt. Die Woche ist der Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Stadt gewidmet. Einer der Höhepunkte der Woche ist der Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto" jeweils am 22. September. Letztes Jahr haben rund 964 Städte an der Mobilitätswoche und 1452 Städte am Aktionstag teilgenommen.

Die Stadt Basel hat in den Jahren 2000-2004 ebenfalls am Aktionstag teilgenommen und hat auch die dazugehörige Europäische Charta unterschrieben. Letztes Jahr hat Basel nicht teilgenommen und auch für dieses Jahr ist keine Teilnahme geplant.

Konkret verlangt die Charta, dass eine unterzeichnende Stadt sich mit diversen Aktivitäten an der Mobilitätswoche beteiligt, dass sie im Zusammenhang mit dieser Woche mindestens eine praktische Massnahme zur Verbesserung des Modal-Splits dauerhaft umsetzt und dass sie am 22. September einen "In die Stadt ohne Auto" Aktionstag organisiert.

Als eigentliche Tram- und Velostadt wäre Basel aber prädestiniert an einer solchen Aktion teilzunehmen, auch um die angestrebte umweltfreundlichere und gesundheitsfördernde Mobilität zu propagieren. Das Abseitsstehen ist umso unverständlicher, als sich die Stadt Basel auch im Politikplan für eine gezielte Förderung der

stadtgerechten Verkehrsarten wie Fussgänger-, Velo- und öffentlicher Verkehr einsetzt.

Die Stadt Basel sollte sich für die gesamteuropäischen Bemühungen um zukunftsweisende und praktikable Förderungsmassnahmen für eine nachhaltige Stadtmobilität einsetzen und Schritte einleiten, um spätestens die Charta 2007 unterzeichnen zu können.

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung auf zu prüfen und zu berichten,

- ob eine Unterzeichnung der Europäischen Charta möglich ist,
- ob eine Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche möglich ist,
- ob eine Teilnahme am Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto" jeweils am 22. September möglich ist, und
- wie die stadtgerechten Verkehrsarten wie Fussgänger-, Velo- und öffentlicher Verkehr gezielt gefördert werden.

Christian Egeler, Eveline Rommerskirchen, Stephan Ebner, Christine Locher-Hoch, Annemarie Pfeifer, Martin Hug, Stephan Gassmann, Stephan Maurer, Gabi Mächler, Brigitte Heilbronner, Anita Lachenmeier-Thüring

#### 11. Anzug betreffend Verbesserung der Veloabstellsituation rund um den Bahnhof SBB (vom 13. September 2006)

06.5223.01
------------

Die UVEK hat mit der Behandlung der Petition P202 für die Erweiterung der Veloabstellplätze im unterirdischen Veloparking und im oberirdischen Bereich um den Bahnhof SBB festgestellt, dass weiterhin Handlungsbedarf für mehr geordnete und sichere Veloabstellplätze rund um den Bahnhof SBB besteht. Der Erfolg des unterirdischen Veloparkings zeigt, dass mit gut angeordneten, und attraktiven Veloabstellplätzen die BahnbenutzerInnen animiert werden, mit dem Velo zum Bahnhof zu fahren.

Die unterzeichnenden Mitglieder der UVEK bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob im Centralbahnparking zusätzlich Veloabstellplätze und Motoparkplätze eingerichtet werden können?
- ob mit der Eigentümerin der Liegenschaft Elsässertor Verhandlungen geführt werden können, um im unternutzten Autoparking öffentliche Velo- und Moto-Abstellplätze zu schaffen?
- ob im unbewachten Teil des Veloparkings der zentrale Ausstellungsraum "Aquarium" entfernt und dadurch mehr Abstellplätze geschaffen werden können?
- ob unter der Passarelle auf der Südseite des Bahnhofes die Kapazität vergrössert werden kann, indem beispielsweise eine zweite Ebene eingezogen wird und für Motos separate Abstellplätze ausgewiesen werden?
- ob im Bereich Solothurnerstrasse/Hochstrasse das Angebot verbessert werden kann, indem weitere Abstellplätze an der Hochstrasse (z.B. gegenüber der Jugendherberge) geschaffen werden?
- ob die vorhandenen und neuen Abstellplätze mit Veloständer ausgerüstet werden können, wie sie im Veloparking und unter der Passarelle installiert sind, damit eindiebstahlsichereres Parkieren möglich ist?

Gabi Mächler, Christian Egeler, Annemarie Pfeifer, Peter Zinkernagel, Eveline Rommerskirchen, Jörg Vitelli, Stephan Gassmann, Stephan Maurer, Brigitte Strondl, Thomas Baerlocher, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Patrizia Bernasconi, Kurt Bachmann, Eduard Rutschmann